

Um die deutschen Vorschläge.

Ein zweites deutsches Memorandum?

Englische Mitteilungen über die angeblichen deutschen Sicherheitspläne: Schiedsgericht und ein beratendes Verhörmngskomitee für besondere Fälle.

(Telegramme unserer Korrespondenten)

London, 26. März.

Die „Times“ geben heute folgendes Bild der Lage: „Die Vorkonferenz ist noch immer weit davon entfernt, Entscheidungen darüber zu fällen, was man von Deutschland verlangen sollte, damit die Röhler Zone geräumt werden kann. Die Vorkonferenz warten noch immer auf die Vorschläge der Versailler Militärkommission. Zu einem gewissen Teil soll die Verzögerung auf das Unvermögen der betreffenden Regierungen, sich über gewisse Punkte zu einigen, zurückzuführen sein. Diese Schwierigkeiten werden noch durch die Tatsache vergrößert werden, daß man in gewissen französischen Kreisen der Ansicht ist, daß keine Räumung stattfinden darf, bevor nicht eine Entscheidung darüber getroffen worden ist, wie das entmilitarisierte Rheinland kontrolliert werden soll. Es erscheint jetzt als unwahrscheinlich, daß die Empfehlungen der Versailler Militärkommission im Laufe nächster Woche fertig sein werden. Die französische Vorkonferenz ist nach London zurückgekehrt, und man nimmt hier an, daß er gewisse Vorschläge seiner Regierung mitbringt. Die es England und den Alliierten vielleicht ermöglichen werden, von Deutschland weitere Erklärungen seiner Sicherheitsvorschläge zu verlangen.“

In London glaubt man nicht, daß den Alliierten von Deutschland bisher irgendeine offizielle Note über seine Vorschläge zugeföhrt wurde. Im Gegenteil, man ist der Ansicht, daß alle weiteren Erklärungen von Seiten Deutschlands durch seine Vorkonferenz gemacht werden. Dies schließt aber keineswegs die Möglichkeit aus, wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, daß die deutsche Regierung den alliierten Mächten ein zweites Memorandum übermitteln lasse, in dem die „Schiedsgerichts- und Verhörmngsmethoden“ erläutert würden, mit deren Hilfe die deutsche Regierung in freundschaftlichen Geiste mit ihren östlichen wie westlichen Nachbarn ein Übereinkommen über die sich in Zukunft ergebenden Streitfragen zu erzielen hofft. Der Korrespondent sagt, es sei Deutschlands Absicht, geordnete Verträge dieses Charakters mit jedem seiner alliierten Nachbarn abzuschließen. Daher sei anzunehmen, daß die deutschen Vorschläge so nach den Umständen, in einigen wichtigen Punkten voneinander abweichen. Die Schieds- und Verhörmngsverträge die kürzlich zwischen Deutschland, Schweden, der Schweiz und Finnland abgeschlossen wurden, würden vorwiegend ein Vorbild für die von Berlin vorzuschlagenden Verträge mit den Alliierten bilden. Der Korrespondent macht im übrigen jedoch darauf aufmerksam, daß beide Vertragsformen natürlich in einigen Punkten notwendigerweise voneinander abweichen müßten, da bei den Verträgen mit den Neutralen Streitfragen, die sich infolge des Weltkrieges ergaben, ausdrücklich ausgeschlossen würden, während diese Fragen bei den Verträgen mit den Alliierten gerade das wichtigste Element bilden würden. In diesem Punkte die Tatsache, daß Deutschland in Zusammenhang mit dem vorgeschlagenen deutsch-alliierten Pakt dem Völkerverbund beitreten würde, es werde sich also wahrscheinlich veranlaßt fühlen, sich der neuen Majestätie, die in Genf und im Haag ausgearbeitet worden sei, anzupassen.

Der Korrespondent macht weiter darauf aufmerksam, daß die zu erwartenden weiteren deutschen Vorschläge durch den Artikel 13 im Zusammenhang mit Artikel 10, 11 und 19 der Völkerverbundssatzungen sowie durch die Artikel 36 und 38 des Protokolls über den neuen Schiedsgerichtshof und durch die Resolutionen der Völkerverbundssammlung im September 1922 beeinflusst würden. In erster Linie werde Deutschland vermutlich bereit sein, die sogenannte „Optionsklausel“ des Artikels 36 des Völkerverbundssatzungen unter gewissen Vorbehalten zu unterschreiben, die besonders Italien,

Frankreich und die Vereinigten Staaten interessieren dürften, da diese jene Klauseln nicht unterschrieben haben. Durch dieses Angebot würde Deutschland bei folgenden vier Streitfällen, die in Artikel 13 der Völkerverbundssatzungen genannt sind, einen Schiedsgerichtshof annehmen: erstens bei der Auslegung des Friedensvertrages, zweitens bei jeder Frage internationalen Rechts, drittens hinsichtlich solcher Zustände, die einen Bruch der internationalen Verpflichtungen darstellen, viertens hinsichtlich des Ausmaßes und der Natur der Reparationen, die bei einem Bruch in Frage kommen würden. Es sei nicht schwierig, meint der Korrespondent, einzusehen, wie wichtig eine beiderseitige Unterwerfung unter das Schiedsgericht bei Streitigkeiten, die unter die Punkte 1 bis 4 fallen, für Deutschland und die Alliierten sein würde. Anzunehmen sei, daß die deutschen Vorbehalte sich beziehen würden auf die Fragen a) der nationalen Unabhängigkeit, b) der territorialen Unverletzlichkeit und c) der größten und vitalsten Interessen der Staaten. Es sei jedoch immerhin möglich, daß der Schiedsgerichtshof ermächtigt werde, zu entscheiden, ob ein Streit innerhalb oder außerhalb der zuletzt erwähnten Kategorie falle. Die deutschen Staatsmänner und Juristen scheinen jedoch zu erhoffen, daß die Vorbehalte a) und b) alle Alliierten und auch Polen mit den deutschen Vorkonferenzen verhandeln würden. Was die Geleise angeht, die von dem Gerichtshof zur Beilegung der ihm unterbreiteten Streitigkeiten angewandt werden dürften, so vermutet der Korrespondent, daß Berlin wahrscheinlich einige der in Artikel 38 des neuen Protokolls des Völkerverbundssatzungen niedergelegte Paragraphen akzeptieren werde. Es fände in Betracht erstens die durch internationale Übereinkünfte aufgestellten Regeln, zweitens die internationalen Gewohnheiten, drittens die allgemeinen Prinzipien des Rechts, die von allen zivilisierten Völkern anerkannt wurden.

Leber das „Verhörmngskomitee“, das Deutschland an Stelle eines Schiedsgerichtshofes hinsichtlich der drei unter a) b) und c) angeführten Kategorien von Streitigkeiten empfehlen werde, glaubt der Korrespondent sagen zu können, daß dieses Verhörmngskomitee eine rein beratende Körperschaft sein würde. Sie würde sich aus Staatsmännern und Sachverständigen zusammensetzen, wozu jede der im Streit befindlichen Parteien eine gleiche Anzahl Mitglieder ernennen würde. Der Vorkonferenz würde ein Neutraler Führer oder es könnte durch ein Übereinkommen beider Parteien oder auch durch den Völkerverbund eine „unparteiische Autorität“ aus mehreren Mitgliedern ernannt werden. Dies Komitee würde dann den Parteien Streitfragen vortragen und würde zu einem Vergleich die notwendigen Vorschläge machen. Seine Empfehlungen würden für keine der beiden Parteien bindend sein, aber zweifellos von größtem moralischen Gewicht. Während dieses Verfahrens und einige Monate nach Belegung des Berichtes des Komitees würden beide Parteien verpflichtet sein, sich aller kriegerischen Maßnahmen zu enthalten. So würde man dem Völkerverbund oder der Völkerverbundversammlung die nötige Zeit geben, um eine Lösung der Streitigkeiten in Übereinkunft mit den Verhandlungen des Völkerverbundes herbeizuföhren.

Der Korrespondent glaubt, daß die nächsten deutschen Erklärungen ungefähr das enthalten würden, was er schon ausgesprochen habe. In Kreisen in denen man mit der letzten deutschen Politik sehr gut vertraut sei, nehme man an, daß lezten Endes der Geist und die Struktur eines endgültigen Übereinkommens von den obigen Ausführungen kaum abweichen werde, wenn nicht ein unglücklicher Zwischenfall die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund verhindern.

Paris, 26. März.

Aus allen Kommentaren der französischen Presse ergibt sich der Eindruck, daß Frankreich die unvermeidlichen Verhandlungen mit Deutschland möglichst lange hinausziehen will. Die Anspielung des „Matin“ auf die „sehr positiven Gründe“ zum Vertrauen bereiten daher vor, daß jetzt zunächst wieder einmal die Abrüstungsforderung mehr betont werden soll — eine Taktik, die hier schon vor acht Tagen angefündigt wurde. Die pol-

nische Galtarrigkeit erregt in Paris einige Unruhe, auch wenn den politischen Verbündeten die Treue in allen Lagen angeschlossen werden. Leber die Meinung der englischen Regierung hat eine Persönlichkeit des englischen Kabinetts den Sonderberichterstatter des „Matin“ unterrichtet. Dieser Herr sagt, daß die alte politische Methode der „balance of power“ bisher immer zum Kriege geführt habe. Deshalb wolle England eine neue Lösung des alten Problems suchen, in dem alle direkt interessierten Völker in einem Pact vereinigt würden. Deshalb werde in England den deutschen Vorkonferenzen große Wichtigkeit beigemessen. Die Franzosen müßten einsehen, daß Deutschland einen großen Schritt zur Vereinigung Europas unternähme, indem es freiwillig auf Gleich-Vorbringen verzichtete. Wenn große Staaten Opfer bringen müssen, dann lasse sich doch im Interesse der allgemeinen Vereinigung nicht vermeiden. Die lezten Worte gehen auf Pölsen, das aber, wie die letzte Rede des Ministers Strazhni zeigt, durchaus nicht dazu geneigt ist, Opfer zu bringen.

Herriols Meinung.

Die deutschen Vorschläge „eine erste Skizze für einen Sicherheitspakt“.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Paris, 26. März.

Die Ansicht der französischen Regierung über die Rede Chamberlains läßt sich aus den Angaben der Morgenblätter erkennen. Man erklärt am Quai d'Orsay, daß der Staatssekretär des Foreign Office nichts Neues gesagt habe. Er habe nur die bisher als Vermutungen gedehnten Informationen über die deutschen Vorschläge offiziell bestätigt. Es sei jetzt also bekannt, daß die deutsche Regierung die Grenze im Westen anerkennen, aber die polnische Grenze auf friedlichem Wege zu revidieren wünsche. Die Regierung Frankreichs habe keine Bedenken, ihre Auffassung zu ändern. Wenn Bericht genügt sein würde, auf der Tribüne der Kammer die Antwort auf die Rede Chamberlains zu geben, dann würde er wahrscheinlich sagen, daß Frankreich bereit bleibt, aufmerksam und mit gutem Willen die deutschen Anregungen zu prüfen. In diesem Sinne sei auch der Vorkonferenz der französischen Diplomatie wurde es sein, dafür zu sorgen, daß bei den Verhandlungen seines der im Vertrag festzulegenden Rechte Frankreichs verletzt wird. Eine besondere Wichtigkeit fände dem Artikel 16 des Völkerverbundssatzungen beigemessen zu werden, der die Grenze der zum Bunde gehörenden Staaten verbürgt. Der „Matin“ fragt, Frankreich wolle bei den Verhandlungen über einen Garantievertrag sich genau an die Bestimmungen des Vertrages von Versailles halten. Wird Deutschland bei seinen friedlichen Vorkonferenzen, wenn nun ihm verlangt wird, daß es den Vertrag buchstäblich respektieren muß? Wir haben leber sehr positive Gründe, daran zu zweifeln. Die Verhandlungen werden gehen, wer mit seiner Auffassung recht hat. London oder Paris. Denn es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß Frankreich und England, sobald sie einig geworden sind, jetzt von Berlin genauere Aufklärung verlangen müssen. Wir werden dann erfahren, wie sich die Reichsregierung die praktische Durchführung dieses mit so gewaltigem Eifer empfohlenen Garantievertrages denkt. Will Straßmann uns nicht etwa nur verbürgen, bei einem Konflikt mit Polen unteren Verbündeten zu helfen? Wir werden unsere Unterlegung der deutschen Absicht sehr gründlich prüfen und werden uns freuen, wenn unsere Sorge sich als unberechtigt erweist.

In anderer Stelle wird eine Erklärung des Reichsfinanzlers Dr. Luther mitgeteilt, die er bei einer diplomatischen Unterhaltung abgegeben haben soll. Dr. Luther habe gesagt, Deutschland werde dem Völkerverbund erst dann beitreten, wenn die Frage der Räumung Kolns in seinem Sinne erledigt worden sei.

Responsible Redakteure: für innere Politik: Erich Dombrawski; für auswärtige Politik: Adolf Schmalz; für Kulturelles, Vermittlung und Sport: Hugo Ehrlich; für den unpolitischen Informationsdienst und Nachrichten: Fritz Reichshöfer; für das Redaktionelle: Ernst Gildemeyer; für den Buchmarkt: Dr. Wilhelm Schmalz; für den Roman: Fritz Engel; für die Sonntagsblätter: Dr. Adolf Heberich; für die „Matin“: Albert Kell; für die „Illustration“: Heinrich Bach; für die „Tend“ und „Berliner“: Rudolf Hoffe in Berlin. Druck 2. Selbstverlag.

Martha Berger.

Hermann Bahr.

[Nachdruck verboten.]

„Martha Berger, das Leben einer Frau“, so heißt ein eben im Wiener Mikolav Verlag erscheinender Roman, dem ich ein Geleitwort auf sein Jubiläum gewidmet habe. Statt nun erst geduldig abzuwarten, bis mich liebe Kollegen anfallen, will ich mich lieber gleich selber beschuldigen, damit der Anwalt eines ganz unliterarischen Verles zu sein. Das sind ja die zwei bewährten Hauptmittel der Kritik, um sich Bücher von Dialekt zu schaffen: sie werden entweder als „unliterarisch“ abgetan oder man bedauert mit einem gnädigen Mitleid, daß sie leider im Grunde doch nichts sind als „bloß Literatur“. Im Grunde hat die Kritik ja ganz recht: Weiterwerte sind in der Tat weder unliterarisch noch bloß Literatur; dafür sind sie auch eben Weiterwerte. Was hilft der Rat dieser Erkenntnis aber einer Zeit, die nun einmal im Leben und in den Künsten die Kraft zur Weisheit verliert? Sie kann nur, auf bessere Zukunft hoffend und harrend, im stillen dafür sorgen, daß wenigstens Erinnerung an den Begriff von Kunst nicht ganz verliert, der uns aus gefunden schöpferischen Epochen überliefert werden ist, sie muß sich begnügen, das Andenken an die Wunder, die schon durch das bloße Dasein großer Form geschehen, dankbar zu hüten, und darum hat der Epitaph über Werke, die „bloß Literatur“ sind, unrichtig, denn auch sie, wenn auch nur dem Endgefühle, mahnen immerhin daran, daß Kunst gekonnt sein will. Schluß aber Kunst auf diesen bloßen Namen ein, so wird sie der Klammern und sie schauernd empfinden lassen, daß Form, auch der höchsten Art, ohnmächtig ist, wenn man in ihr auf dem Grunde nicht immer noch die furchtbaren Ungeräten des Gemüts nachrollen oder doch leise nachgeben hört, denn sie sich eben erst entrang. Dem Form ist immer ein Zeitgespür; sie steigt aus einem erst überwindlichen Chaos empor und nur so lange sie noch von Kampflust dampft, zugleich aber schon mit einer geheimen Angst, daß dieses kaum Gebänderte, doch immer noch schwärende und schwelende Chaos jeden Augenblick wiedererlehen kann, nur im sicheren Gefühl und im hellen Bewußtsein ihrer eben bewiesenen, aber darum noch keineswegs für alle Zukunft unbedrohlichen, immer sprunghaft zu haltenden Geländemacht lebt Form. Meint sie sich ungeführt, dann ist sie schon eigentlich keine mehr, dann ist sie schon im Namen geworden: echte Form trägt immer irgendeine, noch Unschärfen des ungeschulten Auges, den sie sich entgegen, lassen sie sich nicht mehr mit freiem Auge sehen, ist's ein Zeichen, daß die Formkraft erkrankt.

Wir haben zurzeit mit der Wahl zwischen Werken, in denen es das Erlebnis noch nicht dazu bringt, Gestalt zu werden, und Werken, in denen durch ausgeübte Formen der Edele einer Gestalt vorgezeichnet oder, richtiger, nachgezeichnet wird, doch ohne Lebenshauch, Ich muß gestehen, ich ziehe da, zur Entscheidung zwischen beiden anliteratur, doch der Nichts-als-Literatur immerhin die christliche Literatur noch weitaus vor. In dieser „Martha Berger“ aber ist ja mehr als bloß ein fähiger Geist nach dem Stoff des Lebens, hier schreibt ein Frauenherz in seiner Qual so furchtbar auf, daß dadurch ein „Lebendiges“, wie man in Wien sagt, die Tadelnde eines Offiziers mit einem „lügen Wabl“ tauglich wird, nicht in dem verletzten Sinn, zu dem dieses Wort durch Mißbrauch entwürdigt worden ist, sondern in seinem alten großen drohenden Klang, den es für das Ohr Athens hatte. Optimisten werden sich vorlegen: ein solches Scheitern wie diesen werden gibt es gar nicht! Ich fürchte doch sehr um in den besten Gesellschaft begegnen und, um nicht als Moralisten verurteilt zu werden, uns über ihn durch das Sprichwort belächeln: „Jugend hat keine Tugend!“ Es ist der Mann, der Liebesgenuß sucht, ohne Liebesgenuß zu fennen. Unser Zeitalter gilt für erotisch, damit verleumdet man den Gros. Er ist kein richtiger Gros mehr, seit er unter uns seine liebste Gefährtin verlor: die holde Pösch. Was aus dem armen Gros ohne Pösch wird, zeigt uns dieser Roman, der den Liebesgenuß eines Lieblosen in seinen Folgen darstellt, nichts beschönigend, nichts verführend, nicht einmal oskulierend, sondern wie man ein Elementarereignis berichtet; man hört es der Erzählerin kaum an, daß sie selber dabei unter die Kader kam. Wie erschrocken ist sie vor einer Blasphemie darüber, daß wir beim Leben immer zweifeln wieder die „Wahlverwandtschaften“ einfielen: eine Welt trennt die beiden, aber sie haben des gemein, daß in ihnen alles naturnotwendig geschieht: das Gewissen ist ohnmächtig, der Wille verkrümmt, Kräfte treiben ihr Spiel. Dagegen können wir uns auf: Beobachtung und Erfahrung beschäftigen es uns und doch verflucht, daß es sich zwar wirklich so verhält, aber dennoch nicht in Wahrheit, daß tief in uns eine Kraft verborgen ruht, die nicht immer hinreicht, die Wirklichkeit von uns abzuwenden, aber uns ermächtigt, doch in diese Wirklichkeit selber nicht einzuwilligen, sondern der Wahrheit eigen zu bleiben. Das hört man hier durch alles gelebte Werden immer wieder durch: Wühns zartes Stimmchen, noch so flehentlich oft, verkrümmt nicht. Vielleicht wird man sagen: da sind wir nun also schließlich wieder mitten im schönsten Naturalismus von anno Zola! Warum nicht? Aber er ist in Tränen gebadet.

Ein naturalistischer Roman in Tränen, aber dabei ganz un- sentimental. Und eben darin liegt mir dieses ungeformt ausge- sprochene Werk dennoch auch von künstlerischer Bedeutung. Das arme

Die, das ihn schrieb, ein Kind des Volkes, an den Grenzen des Kleinbürgertums geboren und erwachsen, wo täglich die Gefahr droht, ins Anonyme der formlosen Massenreiterei abzuföhren, zeigt sich durch ein vernichtendes Erlebnis bedroht, zur inneren Abwehr und findet die Kraft, kaum auch nur mit den Regeln der Rechtschreibung halbwegs vertraut, sich ein Schicksal sozuzagen vom Dialekt zu schreiben. Das ist wirklich ganz „unliterarisch“, im höchsten Sinn. Und was aus dem Roman noch wird, ist im Grunde gleich: das Wabl hat sich die Möglichkeit erschrieben, weiterzuleben.

Sechs Personen . . .

Zu dem Dreizehnerangebot von fünf oder sechs Personen (die keinen Autor wollten, das unter dem Titel „Die Kameliendame“ am Leipziger Theater zu Berlin zur Aufführung gelangte, erklärt jetzt, nach 14 Tagen, plötzlich Bert Brecht, der den fünften Akt unter meinem Namen verfaßt, ich hätte davon gewußt, es sei ihm „von authentischer Seite“ mitgeteilt worden. Er wird gewaschen werden, diese „authentische Seite“ zu bezeichnen, damit ich das Verfahren wegen über Nachrede aufnehmen lassen kann. (Zwischenruf: Was heißt „authentische Seite“ bei zwei in Charlottenburg wohnhaften Schriftstellern?) Abwählungsergebnis ist die Haltung des Leipziger Theaters, das einmal Brechts Verfälscherhaft gelugnet hat, obwohl dieser sie selbst jagt in andermal mich an den eigenmächtigen Änderungen beteiligen wollte, nachdem die Direktoren schon vor zehn Tagen in einer offiziellen Mitteilung „die Regie“ verantwortlich gemacht hatte und das jetzt auf den Einfall kam, meine Nichtteilnahme an dem Proben sei an allem schuld. Da ich auch von anderer Seite danach gefragt wurde, möchte ich hier betonen, 1. daß der Autor hierzu nicht verpflichtet ist, 2. daß er bei einem so unproblematischen Stück an einer ersten Bühne Berlins nicht nötig sein sollte, 3. daß ich bis kurz vor der Premiere mit einer eigenen Inszenierung (Anderkarnaval) beschäftigt war. Diese Gründe machen es mir leicht, 4. den eschienenen Aberglauben einer Darstellerei zu berichtigten, auf deren Veranlassung meine Bearbeitung vor einem halben Jahr erworben wurde und die mir das Verprechen abnahm, seiner Probe, auch nicht der Generalprobe, betzuwohnen. (Zwischenruf: Bei der Generalprobe soll es gar nicht zum fünften Akt gekommen sein . . .) Ich bleibe (siehe 4.) auch der ersten Aufführung fern, um dafür bei der zweiten vom Anfang bis zum Schluß nicht aus dem Staunen zu kommen.

Theodor Tagger.

* Berliner Beiträge. Rudolf Knege, Bericht am 28. März; im „Berliner“: „Die Kameliendame“; „Berliner“ über: „Die Kameliendame“, „Berliner“ über: „Die Kameliendame“.